

Trotz der langen Historie des Scheiterns: Warum sind sozialistische Ideen unsterblich?

KRISTIAN NIEMIETZ * • März 2019

Zusammenfassung

- Trotz vieler gescheiterter Experimente sind sozialistische Ideen heute so populär wie eh und je. Und trotz seiner enormen Erfolge werden dem Kapitalismus nur wenige Sympathien entgegengebracht. Woran liegt das?
- Ein Grund dafür ist, dass es westliche linke Intellektuelle, die während der jeweiligen Blütezeit in sozialistische Länder pilgern und dort das Paradies zu erkennen glauben, im Nachhinein – wenn das Scheitern definitiv ist – stets behaupten, es habe sich nicht um einen «wirklichen Sozialismus» gehandelt.
- Sie kamen mit diesen Ausflüchten bisher stets ungestraft davon. Dies ist auch auf die Tatsache zurückzuführen, dass viele Menschen eine intuitive Präferenz für den Sozialismus haben, weil sich dieser einfach richtig «anfühlt». Jonathan Haidt hat in seiner Forschung aufgezeigt, dass es sich bei einem Grossteil unserer politischen und moralischen Argumentationsweise um post-hoc Rationalisierungsversuche handelt. Es geht nicht primär darum, durch Prüfen der Evidenz zu einer Schlussfolgerung zu gelangen, sondern darum, eine intuitive Schlussfolgerung im Nachhinein zu rechtfertigen.
- Dieser Effekt manifestiert sich in vielen Formen, beispielsweise im «confirmation bias» – der gut dokumentierten Tendenz, jene Evidenz aufzubauschen, die das unterstützt, was wir bereits glauben. Sämtliche Evidenz, die das Gegenteil belegt, wird ignoriert oder zurückgewiesen. Beim «motivated reasoning» geht es darum, jene Beweise zu zerpfücken, die nicht ins intuitive Weltbild passen.
- Von Bryan Caplan lernen wir, dass es für Intellektuelle rational ist, irrationale sozialistische Überzeugungen zu vertreten. Denn sie haben keine persönlichen Konsequenzen für ihre Irrtümer zu tragen. Vielmehr hängen ihre Identität und ihre Karriere vom Festhalten am Sozialismus ab.

* Der Autor, PhD, ist Ökonom, Head of Political Economy am Institute for Economic Affairs in London und Fellow am Age Endeavour Fellowship.

Der Sozialismus erfreut sich auch heute noch enormer Popularität. Politische Ideen, die am trefflichsten als «sozialistisch» beschrieben werden können, erhalten weltweit grosse Unterstützung. Eigenartig daran ist, dass das positive öffentliche Bild des Sozialismus im Abstrakten mitnichten mit den tatsächlichen Erfahrungen in der Realität übereinstimmt – weder aktuell, noch historisch. Leute, welche die Ereignisse in den Staaten des Warschauer-Paktes, in Maos China, in Nordvietnam oder Nordkorea immer noch durch eine rosarote Brille betrachten und verharmlosen, sind heute zu einer kleinen Minderheit geworden. Immer wieder haben es Sozialisten erfolgreich geschafft, sich von den über zwei Duzend gescheiterten Experimenten zu distanzieren, in denen eine sozialistische Gesellschaft hätte errichtet werden sollen. Stets lautete die Behauptung, dass diese Systeme gar nie «wirklich» sozialistisch gewesen seien. Heute gilt es als krass und rüpelhaft, die Misserfolge beispielsweise der ehemaligen Sowjetunion gegen einen zeitgenössischen Sozialisten vorzubringen.

Doch beim Versuch, sich von aktuellen und historischen Beispielen des Sozialismus zu distanzieren, fällt es den meisten von ihnen schwer, zu definieren, was genau sie denn anders gemacht hätten. Sozialisten tendieren dazu, in Abstraktionen zu verfallen und über höhere Ideale zu schwadronieren. Über institutionelle Charakteristiken und konkrete Politiken schweigen sie sich aus. Die vorgebrachten Ziele – beispielsweise, die Wirtschaft zu «demokratisieren» oder Ungleichheit zu bekämpfen – sind alles andere als neu. Es sind dieselben, die schon frühere Sozialisten zu ihren gescheiterten Projekten motiviert hatten. Der Sozialismus hat zuverlässig darin versagt, diese angestrebten Ziele zu erreichen. Und es liegt nicht daran, dass man sozialistische Systeme zu wenig ausprobiert oder falsch angewendet hätte. Denker wie die beiden Ökonomen Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek haben die Unmöglichkeit des Sozialismus bereits vor Längerem eindrücklich nachgewiesen.

Interessanterweise kann man die «Das-war-kein-echter-Sozialismus»-Behauptung immer erst im Nachhinein hören. Dann nämlich, wenn das laufende sozialistische Experiment schon weitgehend durch die Realität diskreditiert wurde. In der Blütezeit desselben Experiments hingegen streitet niemand das entsprechende sozialistische Etikett ab. Praktisch alle sozialistischen Regimes gingen einst durch eine Phase hoher Beliebtheit, in denen sie von westlichen Intellektuellen als Vorbild angepriesen wurden. Doch immer, wenn das System zu einer offensichtlichen Peinlichkeit für die sozialistische Sache avancierte, wird es rückblickend zu einem «unechten Sozialismus» umdefiniert.

Letztes Mal war alles anders

Dieses wiederkehrende Muster anfänglicher Euphorie und rückwirkender Distanzierung tauchte erstmals in den 1930er Jahren auf, als Tausende linke westliche Intellektuelle politische Pilgerreisen in die Sowjetunion unternahmen. Auch wenn die Gräueltaten des sowjetischen Regimes zu diesem Zeitpunkt öffentlich bekannt gewesen waren, versuchten es die westlichen Intellektuellen so darzustellen, als wäre die

Sowjetunion eine Arbeiter-Demokratie im Aufbau. Als der grosse Terror durch Stalin dem Ruf der Sowjetunion schliesslich den Rest gab, revidierten dieselben Intellektuellen nicht etwa ihre vorher geäusserten Positionen. Vielmehr gingen sie – was dieses Thema anbelangt – einfach auf Tauchstation.

In den 1960er Jahren wiederholte sich dieses Phänomen. Dieses Mal allerdings wurden Kuba, Nordvietnam und vor allem Maos China als neues sozialistisches Ideal gefeiert. Erneut pilgerten westliche Intellektuelle in Massen in diese «sozialistischen Paradiese» und kehrten voller Lob und Begeisterung in ihre Heimatländer zurück. Diese neuen Utopien wurden euphorisch als bessere Alternativen zum westlichen Kapitalismus präsentiert, aber auch als Alternativen zum diskreditierten sowjetischen Modell. «Dieses Mal ist alles anders», kriegte man von den Pilgern zu hören. Das Muster ist seither immer dasselbe: Westliche Intellektuelle versuchten die neueren sozialistischen Experimente mit dieser Behauptung stets von den bisherigen gescheiterten und diskreditierten Versuchen abzugrenzen.

Als Kuba, Vietnam und Maos China in den 1970er Jahren ausser Mode gerieten, nahmen Albanien und Kambodscha deren Plätze ein. Das Ausmass der Pilgerreisen war dieses Mal zwar geringer, doch das grundsätzliche Muster war dasselbe: Die Bewunderer im Westen behaupteten, dass frühere sozialistische Experimente korrumpiert worden seien, dass aber dieses Mal der Entstehung einer echten Arbeiter-Demokratie nichts im Wege stehe.

Die beiden offensichtlichsten natürlichen Experimente, die einen direkten Vergleich zwischen Sozialismus und Kapitalismus erlaubten, waren die Trennung von West- und Ostdeutschland sowie Nord- und Südkorea. Heute ist völlig klar, dass das kapitalistische Modell der relativ freien Marktwirtschaft und individueller Abwehrrechte den sozialistischen, eigentumsfeindlichen Systemen in allen Belangen überlegen waren. Doch dies war damals noch nicht so klar. Und so lange, wie man noch keinen eindeutigen direkten Vergleich anstellen konnte, sympathisierten viele westliche Intellektuelle mit dem sozialistischen Teil dieser Länder, anstatt mit dem kapitalistischen.

Das aktuellste Beispiel dieses Musters enthusiastischer Befürwortung und anschließender rückwirkenden Verleugnung ist Venezuela. Die Venezuela-Manie startete etwa im Jahr 2005. Einmal mehr lautete die zentrale Behauptung zunächst, dass es dieses Mal komplett anders sein werde: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts sei ein demokratischer Sozialismus «von unten», der mit den autoritären «von oben herab»-Varianten des letzten Jahrhunderts nichts zu tun habe. Venezuela wurde Zielort vieler westlicher Pilger. Mit Venezuelas Abstieg, dem aufkommenden wirtschaftlichen Chaos, den politischen Massenprotesten, den Hungersnöten und dem Aufstieg des Autoritarismus, begann die Venezuela-Manie entsprechend abzuklingen. Natürlich behaupteten westliche Sozialisten wieder, Venezuela habe mit dem «echten Sozialismus» nichts zu tun gehabt. Damit reihte sich das Land ein in eine lange Liste von Staaten, die angeblich «niemals wirklich» sozialistisch gewesen waren.

Es ist schon verwunderlich, weshalb so viele westliche Intellektuelle in sozialistische Länder – die Hölle auf Erden – gepilgert und mit der Überzeugung zurückgekehrt sind, sie hätten dort das Paradies gesehen. Die Arbeit des US-amerikanischen Soziologen Paul Hollander¹ lässt keine Zweifel daran: Diese Pilger waren nicht einfach nur naiv. Eine naive Person will nicht betrogen werden. Sie ist nur nicht besonders gut darin, Täuschung und Irreführung zu durchschauen. Sozialistische Pilger gingen viel weiter: Sie mussten eine enorme Anstrengung an den Tag legen, um sich selbst zu manipulieren, die Realität zu filtern und selektiv hinzusehen. Ein sozialistischer Pilger zu sein, ist harte Arbeit.

Haidt's Modell der sozialen Intuition

Wie schaffen es diese Intellektuellen, ihre Augen derart vor der Realität zu verschliessen? Um dieses Phänomen besser zu verstehen, erweist sich die Forschung von Psychologieprofessor und Ethiker Jonathan Haidt (2012) über die Entwicklung unserer Urteilskraft in Bezug auf unsere moralischen und politischen Positionen als hilfreich.² Haidt hat gezeigt, dass es sich bei einem nicht unbedeutenden Teil unserer politischen und moralischen Argumentationsweise um «post-hoc» Rationalisierungsversuche handelt. Es geht nicht primär darum, durch das Studium der Evidenz zu einer Schlussfolgerung zu gelangen, die möglichst nahe an der Wahrheit liegt, sondern darum, eine Schlussfolgerung zu verteidigen, zu der man bereits zuvor gefühlsmässig gelangt ist. Zu diesem Fazit gelangen wir meist intuitiv und sehr rasch. Erst anschliessend halten wir Ausschau nach passenden Argumenten, um unsere Position zu untermauern. Haidt fasst dies mit folgender Formel zusammen: «Intuition kommt zuerst, strategisches Argumentieren danach.»

Unser Gehirn funktioniert also oftmals nicht wie ein Richter, der zunächst sämtliche Beweise in Betracht zieht, diese interpretiert, gegeneinander abwägt und dann ein Urteil fällt. Es funktioniert vielmehr wie ein Anwalt, der sich auf eine Gerichtsverhandlung mit einem gewissen Ziel vorbereitet (z.B. dass sein Klient freigesprochen wird). Im Endeffekt kann diese Argumentationsweise logisch kohärent und total überzeugend erscheinen. Doch letztlich war diese nicht der ursprüngliche Grund, weshalb der Anwalt zu seiner Position gekommen ist. Die Position war vielmehr sein Ausgangspunkt. Die passenden Argumente hat er sich erst im Nachhinein zurechtgelegt. Sollte der so aufgebaute Argumentationsstrang in sich zusammenfallen (beispielsweise, weil sich das Alibi des Klienten als falsch herausstellt), so wird der Anwalt deswegen seine Position nicht aufgeben: Er wird weiterhin die Unschuld des Klienten behaupten, nur dass er diese nun auf eine neue Weise zu rechtfertigen versuchen wird. Selbst wenn die Evidenz gegen seinen Klienten eine ganz eindeutige Sprache spricht, wird der Anwalt immer noch versuchen, den Klienten mit der geringstmöglichen Strafe davonkommen zu lassen.

¹ Hollander, P. (1990) *Political Pilgrims. Travels of Western Intellectuals to the Soviet Union, China, and Cuba 1928–1978*. Lanham: University Press of America.

² Haidt, J. (2012) *The Righteous Mind. Why Good People Are Divided by Politics and Religion*. London: Allen Lane.

Haidt führte beispielsweise eine Serie von Interviews durch, in denen die Teilnehmer nach ihrem moralischen Urteil zu einer hypothetischen Situation X gefragt wurden. Auch wurden sie gebeten, ihre Gründe dafür darzulegen. Sobald die Teilnehmer die Situation X als unmoralisch zurückgewiesen hatten, weil es zum negativen Ergebnis A führen könnte, änderte der Interviewer das Setup so, dass X unmöglich zu A führen kann. Anstatt in der Folge ihren Standpunkt gegenüber X abzuschwächen oder zu revidieren, suchten sie nach neuen Möglichkeiten, weshalb X schädlich sein könnte: Auch wenn A nicht durch X verursacht werden könnte, so wäre aber denkbar, dass es zu einem anderen schädlichen Ergebnis B führen könnte. Sobald dann der Interviewer auch diese Möglichkeit B ausschloss, sprangen die meisten sofort zu einem weiteren potenziellen und ebenfalls schädlichen Ergebnis C. Und so weiter. Dies zeigt, dass weder A noch B noch C jemals die wahren Ursachen für die Ablehnung von X waren. Vielmehr handelt es sich bei ihnen um «post-hoc» Rechtfertigungen für eine intuitive Abneigung gegenüber X.

Diese Erkenntnisse haben wichtige Implikationen: «Das Model der sozialen Intuition bietet eine Erklärung dafür, weshalb politische und moralische Streitgespräche so frustrierend sein können: Moralische Argumente sind wie der wedelnde Schwanz eines intuitiven Hundes. Der Hundeschwanz wedelt, um zu kommunizieren. Man kann einen Hund nicht glücklich machen, indem man seinen Schwanz erzwungenermassen hin und her wedelt. Genauso wenig kann man die intuitiven Ansichten eines Menschen ändern, indem man seine Argumente entkräftet.»³

Oftmals glauben wir, Emotionen und Rationalität seien Kräfte, die unabhängig voneinander wirken und sich in entgegengesetzte Richtungen bewegen. Der emotionale Teil unterstütze gewisse politische Ideen, weil sich diese gut anfühlten und auf guten Intentionen basierten. Der rationale Teil hingegen stelle sich dagegen, weil diese Policies beispielsweise anderswo bereits ausprobiert wurden und scheiterten. Haidt's Forschung hingegen zeigt, dass dies nicht der Fall ist: Emotionen und die Vernunft sind keine Antagonisten. Die Beziehung zwischen ihnen gleicht eher einem Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnis. Der emotionale, intuitive Teil (der Arbeitgeber) bestimmt über die Meinung und beauftragt dann den rationalen Teil (den Arbeitnehmer), gute Gründe für diese Position vorzubringen.

Haidt macht jedoch auch klar, dass es sich dabei nicht um eine Beziehung zwischen einem Sklavenhalter und einem Sklaven handelt. Denn wenn der Arbeitgeber mit völlig unzumutbaren Forderungen auf den Arbeitnehmer zukommt, vermag Letzterer diese durchaus auch abzulehnen. Die meisten von uns können nicht davon überzeugt werden, dass die Welt von menschengewordenen Eidechsen regiert wird oder der Holocaust nie geschehen ist, selbst wenn wir ein Verlangen danach hätten, dies zu glauben. Was Verfechter von absurden Verschwörungstheorien von uns allen unterscheidet, ist aber lediglich das Ausmass: Die meisten von uns benötigen zumindest ein bestimmtes Mass an Ungewissheit, um zu einer gefühlsmässig bevorzugten Schlussfolgerung zu gelangen. Verfechter absurder Verschwörungstheorien hingegen sind dazu in der Lage, das zu glauben, was sie wollen, selbst wenn sämtliche Evidenz

³ Ebd. S. 48.

dagegen spricht. Weil es allerdings praktisch bei jeder Frage eine bestimmte Ungewissheit gibt, finden wir normalerweise fast immer Gründe, um zu jenem Fazit zu gelangen, zu dem wir möchten.

Vorsicht bei gefühlsmässigen politischen Entscheidungen

Dieses Phänomen der «post-hoc» Rationalisierung kann sich in verschiedenen Formen manifestieren. Eine davon ist der gut dokumentierte «confirmation bias» – die Tendenz, sich selbst zu bestätigen, indem man jene Evidenz aufbauscht, die das unterstützt, was man bereits glaubt, während man sämtliche Beweise ignoriert oder zurückweist, die das Gegenteil belegen.

Eine damit verwandte, weit anspruchsvollere Form der «post-hoc» Rationalisierung ist das «motivated reasoning», also die motivierte Beweisführung, wie Haidt erklärt:

«Psychologen besitzen mittlerweile ganze Aktenschränke voll von Erkenntnissen über die motivierte Beweisführung, welche die vielfältigen Tricks zeigen, die Menschen anwenden, um zu jenen gefühlsmässigen Schlussfolgerungen zu gelangen, zu denen sie wollen. Wenn Probanden gesagt wird, dass sie beim Intelligenz-Test schlecht abgeschnitten hätten, entscheiden sie sich tendenziell eher dazu, Artikel zu lesen, die den IQ-Test kritisieren, anstatt jene, die ihn verteidigen. Wenn Leute eine (fiktive) Studie darüber lesen, welche einen Zusammenhang zwischen dem Konsum von Koffein und Brustkrebs behauptet, entdecken kaffeetrinkende Frauen mehr Fehler in der Studie als nichtkaffeetrinkende Frauen und Männer.»⁴

Wer dem «motivated reasoning» zum Opfer fällt, ignoriert oder bestreitet Beweise nicht komplett, die seinen Gefühlen entgegengesetzt sind. Aber er wird versuchen, die Evidenz zu zerpfücken, indem er beispielsweise unmöglich hohe Standards von jenen Informationsquellen einfordert, welche die unangenehmen Informationen vermitteln. Gleichzeitig wird er sehr lasche Standards bei jenen Quellen anwenden, die ihm bestätigen, was er bereits glaubt.

Haidt's Erkenntnisse sind aber nicht so pessimistisch, wie sie zunächst klingen mögen. Haidt sagt nicht, dass es unmöglich sei, zur Wahrheit vorzudringen, indem man über etwas nachdenkt, die vorhandenen Belege und Argumente intensiv studiert und sie gegeneinander abwägt. Er betont vielmehr die Macht der Intuition und der Gefühle im Kontext politischer und moralischer Argumente.

Doch auch in diesem Bereich ist das nicht immer ein Problem. Die meisten von uns haben bei vielen politischen Themen keine Intuition. Wir haben vielleicht eine starke emotionale Präferenz für den Beitritt der Schweiz zur EU oder auch für einen Nicht-Beitritt. Aber die meisten von uns werden keine starken Gefühle hinsichtlich der Frage haben, ob die Schweiz ein Strommarktabkommen abschliessen soll oder nicht. Rationale Argumente sind immer dann entscheidend, wenn diese nicht unseren starken Intuitionen und Gefühlen widersprechen.

⁴ Ebd. S. 84.

Oftmals liegen unsere Intuitionen auch miteinander im Konflikt: Wir können ein starkes Gefühl dafür haben, dass die Schweiz sich nicht übermässig verschulden soll, während wir andererseits auch das Gefühl haben können, dass wir Menschen nicht im Stich lassen dürfen, die von staatlicher Unterstützung abhängig sind. Wenn wir einzig eine nachhaltige Finanzpolitik als sinnlosen und grausamen Akt betrachten und keine konfligierenden Gefühle zu diesem Thema haben, werden wir für Argumente der Befürworter eines sparsamen Staates nicht empfänglich sein. Aber wenn uns unsere Intuition gemischte Botschaften übermittelt, gibt es keinen Grund dafür, sich nicht für den Weg zu entscheiden, der von logischen Beweisen letztlich am meisten unterstützt wird.

Haidt's Forschung bezieht sich nicht spezifisch auf Intellektuelle, aber er zitiert eine Studie von Perkins, die herausfand, dass Intellektuelle besser darin sind, für ihre Standpunkte zu argumentieren. Dieselbe Studie fand jedoch auch heraus, dass Intellektuelle und Nicht-Intellektuelle sich nicht in ihrer Fähigkeit unterscheiden, eine andere Position als ihre eigene einzunehmen, sich also in den politischen Gegner hineinzuversetzen. Intellektuelle sind also hervorragende Anwälte einer Sache, jedoch keine besonders guten Richter.

Die Forschung von Haidt führt uns nicht zu einer fatalistischen Schlussfolgerung. Sie impliziert nicht, dass rationales Argumentieren und Überzeugen unmöglich sind und dass wir entsprechende Versuche aufgeben sollten. Aber sie zeigen, dass eine aussergewöhnliche intellektuelle Selbstdisziplin nötig ist, um unsere gefühlsmässigen politischen und moralischen Überzeugungen aufgrund überwältigender Evidenz zu revidieren.

Caplan's Theorie der rationalen Irrationalität

Wichtige Einsichten vermittelt auch die Forschung des Ökonomeprofessoren Bryan Caplan (2006) zur «rationalen Irrationalität».⁵ Caplan zeigt, dass es viele ökonomische Politik-Ideen gibt, die nachweislich falsch sind und von Ökonomen praktisch aller methodologischen und politischen Schulen zurückgewiesen wurden. Und dennoch geniessen diese Ideen weiterhin eine enorme Popularität.

Das Festhalten an falschen Ideen und Ideologien kann gemäss Caplan durchaus rational sein, wenn diese die Quelle des eigenen Vergnügens, Stolzes und emotionalen Komforts darstellen. Umso mehr gilt das, wenn diese Positionen wichtiger Bestandteil der eigenen Identität sind. «Irrational» ist das Festhalten an falschen Ideen nur dann, wenn wir davon ausgehen, dass unser Glaubenssystem ausschliesslich durch die Wahrheitssuche motiviert wird.

Doch was ist mit den Kosten, die durch das Festhalten an falschen Ideen entstehen? Gemäss Caplan gibt es einen grossen Unterschied zwischen persönlichem und politischem Leben: Wer im Privatleben an falschen Glaubenssätzen festhält und

⁵ Caplan, B. (2006) *The Myth of the Rational Voter. Why Democracies Choose Bad Policies*. Princeton University Press.

danach handelt, hat im Gegensatz zum politischen Leben die vollen Kosten zu tragen. Durch falsche politische Entscheide können zwar ebenfalls Kosten entstehen. Doch im Unterschied zum Privatleben werden diese von der Bevölkerung als Ganzes getragen. Auch hat der Wahlzettel einer Einzelperson praktisch nie die Macht, definitiv über die gesetzliche Implementierung von Ideen zu entscheiden. Es gibt also keinen klaren Zusammenhang zwischen den politischen Überzeugungen, die wir als Einzelperson haben, und der Politik, die wir bekommen. Wir können also problemlos auch politische Positionen vertreten, die uns – wenn sie tatsächlich implementiert würden – Kopf und Kragen kosten und uns ruinieren würden. Solche Ansichten zu haben, kostet uns nichts. Gerade, weil es keinen Einfluss hat, als Individuum seine falschen Ansichten zu revidieren, gibt es auch keinen Anreiz dies zu tun, sofern das Individuum sich mit dieser Ansicht wohl fühlt und diese ein Teil seiner Identität ist.

Verzerrte Wahrnehmung der sozialistischen Pilger

Was bedeuten diese Erkenntnisse von Haidt und Caplan für unsere Fragestellung, weshalb sozialistische Pilger auf ihren Reisen in sozialistische Länder immer nur Leute gesehen haben wollen, die «glücklich gewirkt» haben und die voll hinter der sozialistischen Sache gestanden seien? Die deutsche Schriftstellerin Luise Rinser etwa interpretierte das Lächeln eines Kindes in Pyongyang als Bestätigung für das Glück, das den Menschen im Sozialismus wiederfähre und als Bestätigung für die Fähigkeiten des grossartigen Führers Kim Il Sung. Doch in kapitalistisch orientierten Ländern des Westens findet man ebenso lächelnde Kinder, die man als Beweis für das Funktionieren des Kapitalismus herbeiziehen könnte. In Wahrheit handelte es sich bei derartigen Erzählungen aus sozialistischen Ländern um eine klassische Form des «confirmation bias».

Auch die Techniken des «motivated reasoning» kommen regelmässig zum Zug: Sobald jemand Menschenrechtsverletzungen oder wirtschaftliche Katastrophen in sozialistischen Systemen anprangert, fragen die Pilger jeweils umgehend, welchen persönlichen Nutzen diese Leute wohl von solchen Anschuldigungen haben könnten – «cui bono»? Wenn sich dann jemand mit versteckten Motiven finden lässt, ist das für sie Grund genug, sämtliche Kritik am Sozialismus als «fabriziert» abzutun. Der britische Journalist Seumas Milne beispielsweise fand zwei deutsche Historiker und einen österreichischen Philosophen, deren Arbeiten über Stalin tatsächlich weitgehend konstruiert waren, um den Holocaust der Nationalsozialisten zu relativieren.⁶ Milne meinte darauf hin, dass dies die «wahre» Motivation aller Kritiker des Sozialismus sei. Für einen «motivated reasoner» reichen bereits einige atypische Einzelfälle als Beweise dafür, um sämtliche Leute, die in eine ähnliche Richtung argumentieren, als Befangen und unglaubwürdig abzustempeln.

⁶ Stalin's missing millions, *The Guardian*, 10 March 1990 (<https://shirazsocialist.wordpress.com/2012/09/29/seamas-milne-on-stalins-missing-millions/>). Es gibt keine definitiven Beweise dafür, dass dies wirklich ihre Agenda war, aber es gab entsprechende Kontroversen in deren Heimatländern zu dieser Zeit.

Dass die meisten Argumente gegen den Kapitalismus lediglich «post-hoc» Rechtfertigungen für eine zuvor intuitiv gefestigte Positionen sind, zeigt sich auch an der Tatsache, dass sich der Kapitalismus zwar schon immer im Kreuzfeuer vieler Intellektueller befand, jedoch nicht immer aufgrund derselben Gründe. Während des Nachkrieg-Booms im kapitalistisch orientierten Westen verschob sich die Argumentationsweise – als das enorme Wohlstandswachstum für breite Massen zutage trat – rasch von der «Ausbeutung und Verarmung der Arbeiterklasse» hin zur Behauptung, der Kapitalismus führe zu einer «materialistischen Konsumgesellschaft» und zu einem «Fluch des Übermasses». In den späten 1990er und frühen 2000er Jahren war die Anti-Globalisierungs-Bewegung unter westlichen Intellektuellen sehr populär, welche behaupteten, die Globalisierung sei eine Ausbeutung armer Länder durch den reichen Westen. Doch als dann Länder wie China aufgrund der Globalisierung plötzlich einen enormen wirtschaftlichen Aufstieg hinlegten, wurden diese Staaten plötzlich nicht mehr als ausgebeutete Länder betrachtet, sondern als «emerging markets» und ernstzunehmende Konkurrenten. In der Folge verlor die Anti-Globalisierungs-Bewegung an Glaubwürdigkeit und Popularität. Doch dies führt nicht dazu, dass die Verantwortlichen ihre Positionen kritisch hinterfragten. Vielmehr wendeten sie sich blind anderen sozialistischen Anliegen zu und kämpften neu etwa gegen den «Sozialabbau» – Kürzungen beim Wohlfahrtsstaat – gegen «Privatisierungen», gegen «Steuerumgehungen» und neuerdings für einen neuen Protektionismus.

Letztlich kann man auch die Kosten-Nutzen-Analyse von Caplan in Bezug auf westliche Intellektuelle heranziehen, die nach wie vor sozialistische Ideen verteidigen. Diese fühlen sich im Gegensatz zum durchschnittlichen Stimmbürger viel intensiver mit ihren Ideen verbunden. Denn diese sind ein wichtiger Bestandteil ihrer persönlichen Identität, weil sie mit diesen öffentlich hausieren gehen. Stellen Sie sich einmal vor, eine Sarah Wagenknecht, ein Noam Chomsky oder eine Naomi Klein würden einen Artikel veröffentlichen mit dem Titel «Nach Venezuela habe ich die Idee des Sozialismus definitiv aufgegeben» oder «Lasst uns ehrlich mit uns sein: Es war der Sozialismus, der Venezuela ruinierte». Damit würden sie eine riesige Fanbasis enttäuschen und von diesen als «Verrätern» verschrien werden. Würden diese Personen zugeben, dass der Sozialismus endgültig gescheitert ist, würde dies gleichzeitig wohl ihr Karriereende bedeuten.

An falschen Idealen festzuhalten jedoch kostet Intellektuelle nichts. Sie müssen schliesslich nicht in den menschenverachtenden Systemen leben, die sie selbst lautstark propagieren. Sie brauchen keine Hungersnöte zu erleiden und staatliche Repressalien zu fürchten. Sie brauchen nicht aus ihren Ländern zu fliehen, weil es dort zu unhaltbaren Zuständen kommt. Vielmehr präferieren sie es, die sozialistische Propaganda gemütlich aus den von ihnen so verhassten «kapitalistischen Ländern» zu verbreiten, wo sie es sich gut gehen lassen und von allen Vorzügen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung profitieren.

Die sozialistischen Intellektuellen haben die Konsequenzen ihres Handelns nicht zu tragen: Noam Chomsky bleibt trotz seiner Unterstützung für die Roten Khmer ein «intellektueller Rockstar», während die Leute, die bezüglich Kambodscha recht

behielten, weitgehend in Vergessenheit gerieten. Eine Luise Rinser konnte immer noch Präsidentschaftskandidatin in Westdeutschland werden, nachdem sie ein Buch veröffentlicht hatte, in welchem sie Nordkorea glorifizierte. Schriftstellerin Maria-Antonietta Macciocchi wurde in Italien und auf EU-Ebene ins Parlament gewählt, obwohl sie ein Buch publiziert hatte, in welchem sie Mao's Kulturrevolution idealisierte. Die Intellektuellen haben keinen vernünftigen Anreiz, Recht zu behalten.

Die Rolle der Intuition

Trotz allem stellt sich die Frage, weshalb es der Sozialismus war und ist, der von einer privilegierten Ausgangslage im Ideenwettbewerb profitiert. Weshalb ist er trotz seiner langen Historie des Scheiterns nach wie vor populär? Ein wichtiger Grund dafür ist (und hier kommt Haidt und die Rolle der intuitiven Schlussfolgerung wieder ins Spiel): Die Argumente für den Kapitalismus sind konterintuitiv. Für die meisten Leute *fühlt* sich der Kapitalismus einfach falsch an. Im Gegensatz dazu erscheint den meisten von uns der Sozialismus intuitiv richtig zu sein. Der Sozialismus fühlt sich einfach besser an, weil er an das Soziale, das Zwischenmenschliche, das Miteinander, das Altruistische appelliert, und nicht – wie der Kapitalismus – Assoziationen von kapitalakkumulierenden, geldgierigen Egoisten weckt. Ein Sozialist zu sein, erscheint vielen als natürlich, als Standardeinstellung, die man als Mensch mit dem Herz am rechten Fleck einfach haben muss.

Auf der anderen Seite bedarf es eine intensive und disziplinierte intellektuelle Auseinandersetzung mit der freien Marktwirtschaft, um diese zu verstehen und deren Vorzüge wertzuschätzen. Selbst berühmte Intellektuelle wie Milton Friedman oder Friedrich August von Hayek, die die freie Marktwirtschaft bevorzugten, starteten ihre Karriere nicht als Anhänger des Kapitalismus.



LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Rennweg 42
8001 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
Fax: +41 (0)44 364 16 69
libinst@libinst.ch

Bei diesem Text handelt es sich um eine adaptierte auszugsweise Übersetzung eines Kapitels im Buch «Socialism: The Failed Idea That Never Dies» von Kristian Niemietz (IEA, 2019). Die Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Genehmigung.

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie auf www.libinst.ch.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2019, Liberales Institut.